

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1. Ministerium für Infrastruktur u. Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning-von-Tresckow-Str. 2-8, 14467 Potsdam	<p>Stellungnahme vom 27.07.2021</p> <p>Außerdem bitten wir um Übersendung der in der Begründung benannten rechtskräftigen Innenbereichssatzung - diese liegt bei uns nicht vor.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB</b></p> <p><b>Beurteilung</b> der angezeigten Planungsabsicht:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen (s. Erläuterungen).</b></p> <p><b>Zielmitteilung /Erläuterung</b>  Mit diesem Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Allgemeinen Wohngebietes und eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Pflege“ (für Pflegeeinrichtungen und intensiv betreutes Wohnen) geschaffen werden.  Das ca. 1,8 ha große Plangebiet befindet sich am nordöstlichen Ortsrand von Berge.</p> <p>Da das Plangebiet Anschluss an das Siedlungsgebiet hat und die Wohnsiedlungsentwicklung im Rahmen der raumordnerischen Innenentwicklung erfolgen kann, stehen die Ziele des LEP HR der Planung nicht entgegen.</p> <p><b>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, GVBl. I S. 235)</li> <li>Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl.II Nr. 35)</li> <li>Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ (ReP Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 47/12 S. 1657)</li> <li>Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ vom 26. November 2020 (ABl. Nr. 51, S. 1321)</li> <li>Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan Freiraum und Windenergie, 2.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorliegende Planung den Zielen der Raumordnung entspricht.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Entwurf mit Satzungsbeschluss vom 21.11.2018</p> <p><b>Bindungswirkung</b>  Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.  Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p><b>Hinweise</b>  Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotz der Corona-bedingten Sondersituation),</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>◦ <b>Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen;</b></li> <li>◦ bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung <b>in digitaler Form als pdf-Datei</b> per E-Mail zu übersenden (oder <b>alternativ mit Download-Link, - keine CD/DVD -</b>);</li> <li>◦ Beteiligungen bzw. Mitteilungen über die Bekanntmachung soweit möglich ergänzend als <b>shape-Datei</b> für eine Übernahme der für GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in unser Planungsinformationssystem (PLIS) zu übersenden; dabei sollte der verwendete Raumbezug angegeben werden (möglichst als EPSG-Schlüssel); alternativ wäre auch das .dxf-Format möglich;</li> <li>◦ dafür ausschließlich unser <b>Referatspostfach</b> zu nutzen: <a href="mailto:gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de">gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de</a>.</li> </ul> </li> <li>• Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <a href="https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf">https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf</a>.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und die Ziele entsprechend formuliert.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, die Hinweise wurden bereits beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung der nachfolgenden Hinweise</p>
2. Regionale Pla-	Stellungnahme vom 30.06.2021	

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>nungsgemeinschaft, „Prignitz-Oberhavel“, Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin</p>	<p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)</li> <li>– Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018</li> <li>– Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)</li> <li>– Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ (ReP Wind), Entwurf vom 8. Juni 2021</li> </ul> <p>Der Entwurf des Bebauungsplanes „Gartenweg/Parchimer Straße“ der Gemeinde Berge (Stand: Mai 2021) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel <b>vereinbar</b>.</p> <p><b>Begründung:</b> Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 1,8 ha großen Fläche im Norden der Ortslage Berge als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Pflege" sowie allgemeines Wohngebiet zum Inhalt. Es sollen insbesondere die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der ansässigen Intensivpflege-Wohngemeinschaft geschaffen werden. Geplant ist die Errichtung von zweigeschossigen Gebäuden mit 15 Einzelzimmern. Darüber hinaus sollen für die Beschäftigten Möglichkeiten zur Errichtung von Wohnhäusern geschaffen werden. Insgesamt sind ca. 15 Wohneinheiten als zweigeschossige Gebäude in offener Bauweise geplant. Gegenüber dem Vorentwurf wurden der Geltungsbereich und die Baufenster geändert, die zulässige Zahl der Vollgeschosse im allgemeinen Wohngebiet erhöht und die textlichen Festsetzungen zur naturschutzrechtlichen Kompensation modifiziert bzw. ergänzt. Die textliche Festsetzung zur Gestaltung der Dächer für die Errichtung von PV-Anlagen ist entfallen.</p> <p>Die Planung war im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bereits Gegenstand</p>	<p>Kenntnisnahme der nachfolgend aufgeführten Plangrundlagen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planung mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“ vereinbar ist.</p> <p>Die nebenstehenden Ausführungen sind korrekt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>regionalplanerischer Stellungnahme (vgl. Schreiben vom 01.04.2021). Seinerzeit ist die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt worden. Die Beurteilung hat weiterhin Bestand.</p> <p><b>Hinweise!</b></p> <p>Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ wurde am 8. Juni 2021 von der Regionalversammlung als Entwurf gebilligt. Die in Aufstellung befindlichen Ziele sind als sonstige Erfordernisse der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planung und Maßnahmen und Entscheidungen über deren Zulässigkeit zu berücksichtigen (§ 3 Absatz 1 Nummer 4 i. V. m. § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG).</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften</p>	<p>Die nachfolgenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kennntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungsmustern unberührt.</p> <p><b>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</b></p> <p>Für weitergehende Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p>	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt.
<p>3. Landkreis Prignitz, Geschäftsbereich II, Sachbereich Bauordnung, Berliner Straße 1, 19348 Perleberg</p>	<p>Stellungnahme vom 05.08.2021</p> <p>Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum o.g. Verfahren wie folgt Stellung:</p> <p><b>I. Sb öffentlicher Gesundheitsdienst – Hygiene und Umweltmedizin</b></p> <p>Aus hygienischer und umweltmedizinischer Sicht ergeben sich keine Bedenken, Forderungen oder Hinweise gegenüber dem Entwurf zum Bebauungsplan „Gartenweg/Parchimer Straße“ der Gemeinde Berge.</p> <p><b>II. Sb Brand- und Katastrophenschutz</b></p> <p>Im Bereich des Plangebietes befindet sich lediglich eine anrechenbare Löschwasserentnahmestelle an der Schule, Schulstraße 2. Dabei handelt es sich um eine Zisterne mit einem Inhalt von ca. 200 m³ Wasser. Damit wird der Löschwasserbedarf im Umkreis von 300 m abgedeckt.</p> <p>Das geplante Sondergebiet „Pflege“ liegt außerhalb dieses Radius. <b>Somit steht hier zur Brandbekämpfung nicht genügend Löschwasser zur Verfügung.</b></p> <p>Der Amtsbrandmeister des Amtes Putlitz-Berge ist kein Vertreter eines Trägers öffentlicher Belange. Im Planverfahren ist eine subjektive Einschätzung daher nicht relevant.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus hygienischer und umweltmedizinischer Sicht keine Bedenken gegen die Planung bestehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Bereich des Plangebietes eine anrechenbare Löschwasserentnahmestelle (Schulstraße 2) mit einem Inhalt von 200 m³ zur Verfügung steht, womit der Löschwasserbedarf im Umkreis von 300 m abgesichert ist.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, ist jedoch nicht korrekt und muss zurückgewiesen werden.</p> <p>Eine anteilige Fläche von 4.290 m² des geplanten Sondergebietes „Pflege“ befindet sich innerhalb des 300 m Umkreises der genannten Löschwasserentnahmestelle (Schulstraße 2) und lediglich 2.646 m² des geplanten Sondergebietes „Pflege“ befinden sich zwar außerhalb, grenzen aber unmittelbar an den 300 m Umkreis der abgesicherten Löschwasserversorgung. Demnach befinden sich aktuell 62 % des</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>III. Sb Denkmalschutz</b></p> <p>Die Belange des Denkmalschutzes sind im o.g. BP wie folgt zu ändern: Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wünsdorf und <b><u>der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreise Prignitz (Tel. 03879 / 713 127; Fax 03876 / 713 300)</u></b> anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).</p> <p><b>IV. Sb Umwelt</b></p> <p><u>1. als untere Wasserbehörde (UWB):</u></p> <p>Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen keine Bedenken, da alle Forderungen und Hinweise beachtet wurden.</p> <p><u>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB):</u></p> <p>Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der</p>	<p>Sondergebietes „Pflege“ in Bereichen mit einer abgesicherten Löschwasserversorgung. In Anbetracht der bestehenden Bebauung innerhalb des Sondergebietes „Pflege“ sowie der Entwicklungsmöglichkeiten zur baulichen Erweiterung unter Einhaltung der GRZ 0,6 gem. BauNVO, geht die Gemeinde davon aus, dass im Bedarfsfall eine Löschwasserversorgung auch unmittelbar angrenzend an den 300 m Umkreis der Löschwasserentnahmestelle Schulstraße 2 für das Sondergebiet „Pflege“ gewährleistet werden kann. Vertiefende Abstimmungen die Thematik betreffend, finden zudem im sich anschließenden Baugenehmigungsverfahren statt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt und die Belange des Denkmalschutzes gem. den nebenstehenden Hinweisen in Planzeichnung und Begründung redaktionell angepasst.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Forderungen und Hinweise der unteren Wasserbehörde in der Planung beachtet wurden und daher keine Bedenken gegen den BP bestehen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr.</p> <p><b>Seitens der UNB</b> bestehen gegen den BP (-Entwurf) aufgrund nachfolgend aufgeführter Sachverhalte <b>in Bezug auf den besonderen Artenschutz Bedenken</b>.</p> <p>Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG für nach den Vorschriften des Baugesetzes zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG (Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB), für europäische Vogelarten und Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie. Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung / Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p> <p>Zur möglichen Betroffenheit besonders geschützter Tierarten, wie der Brutvögel, Fledermäuse, Reptilien und der xylobionten Käfer, durch das geplante Vorhaben, wurden vom Büro K.K-RegioPlan faunistische Erfassungen durchgeführt. Eine Brutvogelkartierung mit 8 Begehungen (März – Juli 2019), eine Zauneidechsenerfassung an 5 Terminen (April – August 2019) und eine Kontrolle auf vorhandene Fledermausquartiere an 2 Terminen (12. Januar und 13. Mai 2021). Die im Plangebiet durchgeführten faunistischen Untersuchungen sind als ausreichend anzusehen. Hinsichtlich der xylobionten Käfer (Eremit, Eichen-Heldbock) wurde nur eine Potentialabschätzung vorgenommen, die aber für das Plangebiet als ausreichend eingeschätzt werden kann.</p> <p>Bei den Vogelkartierungen wurden im B-Plangebiet 19 Brutvogelarten erfasst. Davon sind nach den „Roten Listen“ 6 Vogelarten als gefährdet eingestuft. Mit Bluthänfling und Goldammer Vertreter der Offenlandbrüter bzw. Freibrüter. Mit Gartenrotschwanz, Feldsperling, Haussperling und Star auch Nischenbrüter und Halb-/Höhlenbrüter.</p> <p>Laut dem Umweltbericht ist bei der Baufeldfreimachung (Offenlandbrüter), bei möglichen Gehölzbeseitigungen (Freibrüter) und Gebäuderückbaumaßnahmen (Gebäude-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass in Bezug auf den besonderen Artenschutz Bedenken seitens der UNB gegen den BP-Entwurf bestehen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vom Büro K.K-RegioPlan durchgeführten faunistischen Erfassungen sowie die Potenzialabschätzung hinsichtlich der xylobionten Käfer als ausreichend eingeschätzt werden.</p> <p>Der Hinweis ist korrekt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorgeschlagenen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen V1 - V3 geeignet sind, die zu erwar-</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>brüter) mit einer Betroffenheit von europäisch geschützten Vogelarten zu rechnen. Zum Schutz der Brutvögel wurden daher Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen (Bauzeitenregelungen, Vergrämung) vorgeschlagen und mit den Maßnahmen V1 bis V3 als Hinweise im B-Plan aufgeführt, um artenschutzrechtliche Konflikte bei der Bauausführung zu vermeiden. Nach Meinung der UNB sind diese Artenschutzmaßnahmen gut geeignet und ausreichend, um zumindest baubedingte Beeinträchtigungen zu vermeiden.</p> <p>Anlagenbedingte Verluste von geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten der betroffenen Brutvögel werden im Umweltbericht zwar erwähnt, aber es sind keine vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Dies ist von Seiten der UNB so <b>nicht</b> nachvollziehbar.</p> <p>Je ein Revier des Bluthänflings und der Goldammer gehen verloren. Nach Einschätzung der UNB kann von einem Erhalt der Reviere im B-Plangebiet ohne Umsetzung geeigneter Ausgleichsmaßnahmen nicht ausgegangen werden und eine Verletzung des Zugriffsverbotes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3, i. V. mit Abs. 5 BNatSchG droht. Es ist nicht bekannt, wie die Bebauung und Nutzung im B-Plangebiet zukünftig genau aussieht. Es muss somit aktuell von einer vollständigen Entwertung der vorhandenen Habitate für diese Arten ausgegangen werden. An der Ostgrenze des SO-Gebietes „Pflege“ wird schon eine Heckenpflanzung (Maßnahme M1) auf 784 m² vorgesehen, so dass diese Maßnahme auch für die hier betroffenen Vogelarten mit entsprechenden Anpassungen (z.B. Blühstreifen, Blühwiese mit ext. Nutzung) ein geeigneter Ausgleich darstellen würde und dann auch für die betroffenen Brutvögel anerkannt werden kann. Gegenüber der UNB ist der Nachweis der Maßnahmenumsetzung zu führen.</p> <p><u>Forderung:</u> Der Umweltbericht und B-Plan ist für die beiden Arten Bluthänfling und Goldammer um eine geeignete und vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (sog. CEF-Maßnahmen) zu ergänzen.</p> <p>Mit dem zu erwartenden Abriss der Gebäude im Teilbereich des ausgewiesenen Wohngebietes gehen dauerhaft genutzte und ganzjährig geschützte Fortpflanzungs-</p>	<p>tenden baubedingten Beeinträchtigungen zu vermeiden.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass zusätzliche Maßnahmen für den anlagebedingten Verlust geschützter Fortpflanzungs- und Ruhestätten der betroffenen Brutvögel erforderlich sind.</p> <p>Kenntnisnahme, die nebenstehend bezeichnete Maßnahme M1 wird im Zuge der Überarbeitung des Entwurfes der Planung zur Satzung jetzt als Maßnahme M2 geführt. Den Anregungen vorgelagert zur dreireihigen Heckenpflanzung zusätzlich einen Blühstreifen anzulegen wird gefolgt. Die Maßnahmen ( nunmehr M2) behält ihre Breite von 5 Metern bei, der Reihenabstand der Heckenstreifen wird auf 1,0 Meter verringert und die verbleibenden 2,0 Meter als Blühstreifen angelegt.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt und die Maßnahmen (nunmehr M2) für die Arten Bluthänfling und Goldammer um einen Blühstreifen sowie eine bauvorgezogene Umsetzung (CEF) ergänzt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit Planungsumsetzung dauerhaft genutzte und ganzjährig geschützte Fortpflanzungs- und Ruhe-</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>und Ruhestätten von Nischen- und Halb-/Höhlenbrüter verloren, d. h. für die gefährdeten Arten Feldsperling (1 BP), Haussperling (1 BP), Star (1 BP), Gartenrotschwanz (1 BP) und für die ungefährdeten Arten Hausrotschwanz (1 BP), Bachstelze (1 BP), Kohlmeise (2 BP) und Blaumeise (1 BP). Auch hier muss entgegen der Argumentation im Umweltbericht (S. 14 – 16) von einem anlagenbedingten Totalverlust für die betroffenen Arten im betroffenen Plangebiet ausgegangen werden und eine Verletzung des Zugriffsverbotes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3, i. V. mit Abs. 5 BNatSchG droht. Ein vorgezogener Ausgleich ist vor Ort mit verschiedenen Nistkastentypen (Nischen-, Halb-/Höhlenkästen) für die betroffenen Arten im Verhältnis 1:2 vorzusehen. Gegenüber der UNB ist der Nachweis der Maßnahmenumsetzung zu führen.</p> <p><u>Forderung:</u> Der Umweltbericht und B-Plan ist für die betroffenen Nischen- und Halb-/Höhlenbrüter um eine geeignete und vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (sog. CEF-Maßnahmen) zu ergänzen.</p> <p><b><u>Hinweise zum Gehölzschutz</u></b></p> <p>Laut Umweltbericht sollen bis auf 17 Pappeln keine weiteren Gehölze entfernt werden. Für die 17 Pappeln wurde laut Auskunft durch das Planungsbüro bereits ein Fällungsantrag bei der UNB gestellt. Bei allen weiteren im Zuge eines Baugenehmigungsverfahrens zu beseitigenden Gehölzen, welche nach der BaumSchV-PR geschützt sind, ist mit dem Bauantrag auch ein Antrag auf Beseitigung der betroffenen Gehölze zu stellen.</p> <p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u> BNatSchG      Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020)</p>	<p>stätten von Nischen- sowie Halb- und Höhlenbrütern anlagebedingt verloren gehen und damit eine Verletzung des Zugriffsverbotes gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG droht, daher wird eine zusätzliche vorgezogene Ausgleichsmaßnahme, wie folgend beschrieben entwickelt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein vorgezogener Ausgleich vor Ort mit verschiedenen Nistkastentypen erreicht werden kann.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt und der BP um eine zusätzliche vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für die betroffenen Nischen- und Halb-/Höhlenbrüter ergänzt. Aufgrund des Vorkommens von 9 Brutpaaren unterschiedlicher Vogelarten sowie der nebenstehenden Vorgaben zum Ausgleichsverhältnis werden insgesamt 18 Nistkästen für Nischen- sowie Halb-/Höhlenbrüter innerhalb des Geltungsbereiches angebracht.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, bezieht sich jedoch auf das anschließende Baugenehmigungsverfahren und ist daher für das vorliegende Bauleitplanverfahren nicht relevant.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>BbgNatSchAG Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p>NatSchZustV Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p>BaumSchV-PR Rechtsverordnung des Landkreises Prignitz zum Schutz von Bäumen und Feldhecken (Baumschutzverordnung Prignitz – BaumSchV-PR) vom 11.12.2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009</p> <p><b>V. Sb Bauordnung</b></p> <p><u>1. Bauordnungsrecht</u></p> <p>Die Planunterlagen einschließlich Begründung werden von der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>2. Planungsrecht</u></p> <p>Teil B – <i>textliche Festsetzungen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die textliche Festsetzung 2.2.3 und 2.2.4 zu Nebenanlagen und Garage/Carports/Stellplätzen sind nicht unter dem Gliederungspunkt „Maß der baulichen Nutzung“, sondern unter dem Gliederungspunkt 3 aufzuführen, da sie Regelungen zu überbaubare Grundstücksfläche beinhalten. Gleiches gilt für Satz 2 der Festsetzung 4.2 zur Errichtung von nicht überdachten Parkplätzen.</li> <li>Die unter Gliederungspunkt II. Örtliche Bauvorschriften aufgeführte Rechtsgrundlage ist entbehrlich, da sie Inhalt des Gliederungspunktes „Rechtsgrundlagen“ ist.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Den Hinweisen wird entsprechend gefolgt.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><i>Rechtsgrundlagen</i> Die Rechtsgrundlagen sind zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses in ihrer aktuellen Fassung aufzuführen (Änderungen bei BauGB, PlanZV, BNatSchG, BbgBO, BauNVO).</p> <p><i>Verfahrensvermerke auf der Planurkunde</i> Zwingend erforderlich sind folgende Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Ausfertigungsvermerk, mit dem Datum des Satzungsbeschlusses, dem Datum und der Bestätigung der Plangenehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde und dem Datum der Ausfertigung.</li> <li>• Ein Vermerk über die Tatsache und den Zeitpunkt der ortsüblichen Bekanntmachung (des Satzungsbeschlusses und der Genehmigung).</li> <li>• Die vermessungs- und katasterrechtliche Bescheinigung</li> </ul> <p>Die Verfahrensvermerke sind auf der Planurkunde entsprechend aufzuführen. Eine falsche formelle Ausfertigung führt zur Nichtigkeit der Satzung, eine nachträgliche Änderung ist nicht möglich. Unabhängig davon gilt grundsätzlich, dass sämtliche Verfahrensschritte und die dazugehörigen Beschlüsse mit ihren Daten in der Verfahrensakte zum Bebauungsplan dokumentiert werden müssen.</p> <p><i>Begründung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Unterschrift zu Abbildung 3 auf Seite 3 stellt nicht nur den Geltungsbereich der Erweiterten Innenbereichs- und Abrundungssatzung, sondern auch den Geltungsbereich des BP-Entwurfs mit Stand 01/2021 dar. Die Bildunterschrift ist zur eindeutigen Lesbarkeit zu ergänzen. Auch die Bildunterschrift der Abbildung 4 ist dahingehend zu vervollständigen, dass sich dem Betrachter die unterschiedlichen Geltungsbereiche erklären.</li> <li>• Da sich der Bebauungsplan trotz Änderung des Geltungsbereiches über den Geltungsbereich der rechtsverbindlichen Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB erstreckt, ist die Satzung zeitnah zu ändern. Ein entsprechender Beschluss ist vor Genehmigung des Bebauungsplans vorzulegen. Es liegt ansonsten ein Verstoß der rechtsverbindlichen Satzung gegen den Bebauungsplan vor.</li> <li>• Die Begründung enthält unterschiedliche Angaben zur Größe des Geltungsbereiches</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende redaktionelle Anpassung</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, für das gesamte B-Planverfahren wird eine vollständige Verfahrensmappe geführt.</p> <p>Kenntnisnahme, dem Hinweis wird entsprechend gefolgt.</p> <p>Kenntnisnahme, dem Hinweis wird entsprechend gefolgt.</p> <p>Kenntnisnahme, die Gemeinde wird den Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB zeitnah fassen.</p> <p>Kenntnisnahme und redaktionelle Anpassung</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>des Bebauungsplanes (18.205 m<sup>2</sup> ... 18232 m<sup>2</sup>). Diesbezüglich hat eine Berichtigung zu erfolgen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Auf S. 22 Absatz 6 ist Satz 2 nicht nachvollziehbar. In Satz 1 wird die Überschreitung der Grundfläche durch überdachte Stellplätze und Zufahrten geregelt. Die Verbindung in Satz 2 aufgeführten Nebenanlagen ergibt u. E. keinen Sinn und ist auch nicht Inhalt der textlichen Festsetzung auf der Planzeichnung Teil B.</li> <li>Die Hinweise aus Teil B der Planzeichnung sind in die Begründung einzuarbeiten.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme und redaktionelle Anpassung</p> <p>Kenntnisnahme und redaktionelle Anpassung</p>
4. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Henning-von-Tresckow-Straße 2-3, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.
5. Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Ref. B2 – Ländliche Neuordnung, Fehrbelliner Straße 4e, 16816 Neuruppin	<p>Stellungnahme vom 02.08.2021</p> <p>Das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG oder großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen. Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.</p>	Kenntnisnahme
6. Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Glienicke	<p>Stellungnahme vom 21.07.2021</p> <p>Die zum o.g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeit des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3 Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegenden Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz.</p> <p><b>Landesamt für Umwelt – Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2, Belang Wasserwirtschaft</b></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz bei der UNB des Landkreises Prignitz liegt.</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><input checked="" type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 31.03.2021 eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p><b>Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Belang Immissionsschutz</b></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu o.g. (Vor-) Entwurf zuletzt mit Schreiben vom 31.03.2021 bereits eine Stellungnahme abgegeben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind uns keine neuen Erkenntnisse bekannt. Die Aussagen unserer Stellungnahme behalten weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	<p>Kenntnisnahme, in der Stellungnahme vom 31.03.2021 wird auf das Vorhandensein einer Grundwassermessstelle verwiesen. Diese wurde bereits nachrichtlich in den B-Plan übernommen.</p> <p>Kenntnisnahme, in der Stellungnahme vom 31.03.2021 wird mitgeteilt, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen.</p>
7. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Archäologie, Dezernat Archäologische Denkmalpflege Prignitz/Havelland, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor. Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte das BLDAM mit Schreiben vom 23.03.2021 mit, dass im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind und daher keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung vorliegen.
8. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Dezernat Praktische Denkmalpflege, Referat Baudenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5,		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.

**Stand: 14.09.2021**

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
15806 Zossen, OT Wünsdorf		
9. Landesamt für Bauen und Verkehr Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten	<p>Stellungnahme vom 29.07.2021</p> <p>den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.</p> <p>Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV keine Bedenken.</p> <p>Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.</p> <p>Eine Beurteilung des Entwurfs hinsichtlich der Betroffenheit straßenbaulicher und straßenplanerischer Belange liegt in der Zuständigkeit des jeweiligen Straßenbaulastträgers.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungungen unberührt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
10. Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde, Oberförsterei Bad Wilsnack, Am Ziegelberg 5, 19336 Bad Wilsnack	Stellungnahme vom 07.07.2021	<p>Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.</p> <p>Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die Untere Forstbehörde mit Schreiben vom 22.03.2021 mit, dass bei den Baumaßnahmen keine Waldflächen in Anspruch genommen werden und somit eine forstrechtliche Befassung bzgl. des Vorhabens nicht gegeben ist.</p>
11. Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, LBGR, Inselstraße 26, 03046 Cottbus	<p>Stellungnahme vom 07.07.2021</p> <p>Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit o. g. Schreiben eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	<p>Kenntnisnahme, in der Stellungnahme vom 15.03.2021 wurde geäußert, dass keine Betroffenheit durch die Planung vorliegt.</p>

**Stand: 14.09.2021**

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
12. Landesbetrieb Straßenwesen, Dezernat Planung West, Dienststätte Kyritz, Holzhausener Straße 58, 16866 Kyritz		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.
13. IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam		Bis einschließlich 31.08.2021 lag keine Stellungnahme vor. Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die IHK mit Schreiben vom 01.04.2021 mit, dass seitens der IHK keine Bedenken zum derzeitigen Planungsstand bestehen und um eine weitere Einbeziehung gebeten wird.
14. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde, Berlin-Brandenburg, Mittelstraße 5/5a, 12529 Schönefeld	Stellungnahme vom 03.08.2021  es sind derzeit keine Bedenken gegen den o.g. Bebauungsplan ersichtlich. Ich bitte Sie dennoch, die LuBB im weiteren Verfahren zu beteiligen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
15. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	Stellungnahme vom 06.07.2021  durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme
16. Zentraldienst der Polizei Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20, Haus 5, 15806 Zossen		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor. Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte der Kampfmittelbeseitigungsdienst mit Schreiben vom 02.03.2021 mit, dass zur Beplanung des Gebietes keine grundsätzlichen Einwände bestehen, gaben zusätzliche Hinweise über die Notwendigkeit einer Kampfmittelbeseitigungsbescheinigung bei konkreten Bauvorhaben.
17. Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, „Haus der Natur“, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam	Stellungnahme vom 06.08.2021  Das Plangebiet umfasst eine Teilfläche 1 im Norden, welche als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Pflanze“ entwickelt werden soll und eine Teilfläche 2 im Süden, welche zur Bereitstellung von Wohnbauflächen dienen soll.  Die Brutvogelkartierung zeigt ein hohes Vorkommen an Brutvögeln verschiedenster Arten	Der Hinweis ist korrekt.  Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt. Durch eine zusätzliche

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>insbesondere in der Teilfläche 1 an. Auf dieser Fläche ist durch die Baumaßnahmen mit einem Verlust der Niststätten zu rechnen. Eine Bauzeitenregelung für Rodungen und Rückbaumaßnahmen ist als Vermeidungsmaßnahme in diesem Fall nicht ausreichend. Um kontinuierlich Nistmöglichkeiten zu gewährleisten, ist ein Ersatz mittels Nistkästen als CEF-Maßnahme notwendig. Die Niststätten sind rechtsverbindlich festzusetzen und in adäquatem Umfang bereits vor Baubeginn in Eingriffsnähe zu schaffen.</p> <p>Es ist die Fällung von 17 Hybrid-Pappeln beabsichtigt. Wie bereits in unserer vorangegangenen Stellungnahme betont wurde, sollte die Bebauung dem Gehölzbestand angepasst werden, sodass dieser möglichst erhalten bleibt. Es ist in diesem Zusammenhang insbesondere unverständlich weshalb die Pappelbäume am Straßenrand gefällt werden sollen. Es fehlen Aussagen hinsichtlich möglicher Alternativen, welche den Baumbestand schonen.</p> <p>Sollte die Fällung entgegen unserer Auffassung dennoch stattfinden, ist unmittelbar vorher eine Untersuchung auf Nist-, Brut- und Lebensstätten durch einen Fachexperten durchzuführen. Sollten Besiedelungen festgestellt werden, ist die Fällung zeitlich zu verschieben.</p> <p>Eine Begehung des Plangebietes durch einen Fachgutachter zur Untersuchung auf mögliche Fortpflanzungs- und Ruhestätten unmittelbar vor Baubeginn sowie eine ökologische Baubegleitung sind rechtsverbindlich festzusetzen.</p> <p>Wir verweisen auf die Stellungnahme vom 09. April 2021 und auf die Beachtung der genannten Hinweise.</p> <p>Wir bitten um die weitere Einbeziehung in das Verfahren.</p>	<p>Maßnahme, werden innerhalb des Geltungsbereiches insgesamt 18 Nistkästen für Nischen- sowie Halb-/Höhlenbrüter angebracht, um den zu erwartenden anlagebedingten Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der vorkommenden Brutvogelarten auszugleichen.</p> <p>Der Hinweis ist nicht relevant. Die Rodung von 17 Pappeln ist nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens, da hierzu ein Fällantrag durch die Gemeinde im Vorfeld der Entwurfsplanung beim LK Prignitz gestellt wurde.</p> <p>Kenntnisnahme, mit Genehmigung des Fällantrages werden Auflagen durch die Genehmigungsbehörde erteilt, denen die Gemeinde entsprechend folgt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gemäß den Ausführungen der zuständigen Fachbehörde, der UNB LK Prignitz sind die durchgeführten Erfassungen und Potenzialabschätzungen zur Beurteilung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten als hinreichend bewertet worden. Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.</p>
18. Deutsche Telekom Technik GmbH, 01059 Dresden	<p>Stellungnahme vom 02.08.2021</p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementspre-</p>	

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
--------------	-------------------------	--

	<p>chend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:  Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben PTI 32, B1, FRef Susanne Tschendel; 2502-274792 vom 06.04.2021 Stellung genommen. Unsere Anregungen und Belange sind ausreichend berücksichtigt worden.  Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.</p>	Kenntnisnahme
19. Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ Sitz Pritzwalk, Schönhagener Str. 16, 16928 Pritzwalk	<p>Stellungnahme vom 29.06.2021</p> <p>In den Geltungsbereichen des oben genannten Bebauungsplanes sind keine Wasserläufe II. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen betroffen, so dass Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ nicht berührt werden.</p>	Kenntnisnahme
20. Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverband, Quitzower Str. 48, 19348 Perleberg	<p>Stellungnahme vom 29.06.2021</p> <p>In dem von Ihnen vorgesehenen B-Plan-Bereich in Berge, Gartenweg und Parchimer Straße, befinden sich öffentliche Trinkwasserver- und teilweise öffentliche Schmutzwasser-entsorgungsleitungen (inklusive der Hausanschlüsse) des Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverbandes (WTAZV).  Mit unserer Stellungnahme vom 03. März 2021 übersandten wir Ihnen die aktuellen Bestandspläne der betroffenen Trinkwasser - und Schmutzwasserleitungen sowie die Leitungsschutzanweisung des WTAZV, so dass wir an dieser Stelle auf die erneute Unterlagenübergabe verzichten möchten.</p> <p><u>Seitens des WTAZV nehmen wir zum vorliegenden B-Plan-Entwurf wie folgt Stellung:</u>  Da sich aus unserer Sicht, die vorliegenden Planungen hinsichtlich der Belange der öffentlichen Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung nicht geändert haben, erhalten wir unsere Stellungnahme vom 03. März 2021 inhaltlich voll aufrecht, so dass wir auf die erneute Wiedergabe der Hinweise/Forderungen des WTAZV an dieser Stelle verzichten möchten.</p> <p>Bezüglich der Beschlussempfehlungen im Rahmen der Abwägung der TöB-Stellungnahmen möchten wir - zur Vermeidung von Missverständnissen - zum Punkt 4</p>	<p>Kenntnisnahme, der übergebene Leitungsbestand wurde in die Planung aufgenommen und ist Bestandteil des Entwurfes.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, die Hinweise wurden entsprechend berücksichtigt und finden bei der Bauausführung detaillierte Beachtung.</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung												
	<p>(Leitungsrechte usw.) nochmals präzisieren: Die Schutzstreifenbreite von öffentlichen Ver- und Versorgungsleitungen orientiert sich an der jeweiligen Leitungsnennweite (siehe Leitungsschutzanweisung). Hinsichtlich der in unserer Stellungnahme vom 03. März 2021 für die Trinkwasserversorgungsleitungen benannten Schutzstreifenbreite gilt eine Breite von 2,00 m <b>jeweils links und rechts der Leitungsachse</b>. Das bedeutet, dass die gesamte von Bebauungen und Bepflanzungen freizuhaltende Streifenbreite <b>4,00 m</b> je betroffener Leitungsart beträgt! Die insgesamt freizuhaltende Streifenbreite ergibt sich bei z.B. nebeneinanderliegenden Ver - und Versorgungsleitungen aus der Überlagerung der einzelnen Schutzstreifen.</p> <p>Wegen der besonderen Bedeutung möchten wir, wie in unserer Stellungnahme vom 03. März 2021 bereits erwähnt, nochmals darauf hinweisen, dass evtl. erforderliche schmutz- und trinkwasserseitige Netzerweiterungen sowie innere Erschließungen der 8-Plangebiete am „Gartenweg“ und an der „Parchimer Straße“ nicht durch den WTAZV erfolgen, sondern <u>durch den jeweiligen Erschließungsträger</u> (unter per <u>Erschließungsvereinbarung</u> zu regelnder technischer Mitwirkung des WTAZV) vorzunehmen sind! Die spätere Übernahme der errichteten Anlagen zur Bewirtschaftung durch den WTAZV ist im genannten Erschließungsvertrag zu regeln.</p> <p>Auf die notwendige grundbuchliche Sicherung (beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des WTAZV) der vorhandenen bzw. zu errichtenden Ver- und Versorgungsanlagen, die sich nicht in öffentlichen Verkehrsflächen befinden werden, sei ebenfalls nochmals hingewiesen.</p> <p>Im Rahmen weiterer Planungsphasen ist der WTAZV erneut zu beteiligen. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden zum Zeitpunkt der Bauausführung entsprechend beachtet.</p>												
21. GDMcom Gesellschaft für Dokumentation, und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig	<p>Stellungnahme vom 30.06.2021</p> <p>bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table><tr><th>Anlagenbetreiber</th><th>Hauptsitz</th><th>Betroffenheit</th><th>Anhang</th></tr><tr><td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td><td>Halle</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr><tr><td>Ferngas Netzgesellschaft mbH</td><td>Schwaig b.</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr></table>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH	Schwaig b.	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<p>Kenntnisnahme</p>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang											
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein											
Ferngas Netzgesellschaft mbH	Schwaig b.	nicht betroffen	Auskunft Allgemein											

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>(Netzgebiet Thüringen-Sachsen)<sup>1</sup> Nürnberg  ONTRAS Gastransport GmbH<sup>2</sup> Leipzig nicht betroffen Auskunft Allgemein  VNG Gasspeicher GmbH<sup>2</sup> Leipzig nicht betroffen Auskunft Allgemein</p> <p>*GDMcom ist für die Auskunft zu Anlagen dieses Betreibers nicht oder nur zum Teil zuständig. Bitte beteiligen Sie den angegebenen Anlagenbetreiber. Nähere Informationen, Hinweise und Auflagen entnehmen Sie bitte den Anhängen.</p> <p><sup>1</sup>) Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p><sup>2</sup>) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p>Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.  Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH  Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 53.240974, 11.874629  -Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.-  Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSRECHERCHE  <a href="https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login">https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login</a></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Anlagen: Anhang Reg.-Nr.: 01751/21 PE-Nr.: 01751/21</p> <p><u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p> <p>Anlage Karte PE-Nr. 05480/21 - Seite 4 von 4, M 1:10.000</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
<p>22. EMB Energie Mark Brandenburg</p> <p>vertreten durch: NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH</p>	<p>Hinweis vom 29.06.2021</p> <p><b>Bitte beachten Sie</b>, dass die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG zum Leitungsbestand, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ausschließlich über das Leitungsauskunftsportal (LAP) der infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH erfolgt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
& Co. KG, An der Spandauer Brücke 10, 10178 Berlin	<p>Die NBB kann <b>kostenfrei</b> mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden. Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang.</p> <p>Der Zugang zum Leitungsauskunftsportal kann unter <a href="http://www.infrest.de">www.infrest.de</a> beantragt werden.</p> <p>Benötigen Sie Unterstützung oder Hilfe zur Nutzung des Portals, stehen Ihnen die Mitarbeiter der infrest, werktags von 8 bis 16 Uhr unter 030/2244 525 810 gern zur Verfügung.</p> <p><b>Ihre Nachricht wird nicht weitergeleitet oder bearbeitet!</b></p>	Kenntnisnahme
23. 50Hertz Transmission GmbH, Hei- destraße 2, 10557 Berlin	<p>Stellungnahme vom 02.07.2021</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p> <p>Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.</p>	Kenntnisnahme
24. WEMAG Netz GmbH, Obotritenring 40, 19053 Schwerin		<p>Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.</p> <p>Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB gab die WEMAG Netz AG mit Schreiben vom 11.03.2021 Hinweise zur elektronischen Erschließung und Antragstellung, Hinweise zu Bau- und Planungsarbeiten und übermittelte eine Planauskunft als Karte inkl. Legende die, soweit relevant, im Entwurf berücksichtigt wurden.</p>
25. WGI-Westfälische Gesellschaft für, Geoinformationen und Ingenieurleistung mbH  vertreten durch:	<p>Hinweis vom 29.06.2021</p> <p><b>Bitte beachten Sie</b>, dass die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG zum Leitungsbestand, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ausschließlich über das Leitungsauskunftsportal (LAP) der infrest - Infrastruktur Strasse GmbH erfolgt.</p> <p>Die NBB kann <b>kostenfrei</b> mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden.</p>	Kenntnisnahme

Stand: 14.09.2021

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, An der Spandauer Brücke 10, 10178 Berlin	Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang. Der Zugang zum Leitungsauskuftsportal kann unter <a href="http://www.infrest.de">www.infrest.de</a> beantragt werden. Benötigen Sie Unterstützung oder Hilfe zur Nutzung des Portals, stehen Ihnen die Mitarbeiter der infrest, werktags von 8 bis 16 Uhr unter 030/2244 525 810 gern zur Verfügung. <b>Ihre Nachricht wird nicht weitergeleitet oder bearbeitet!</b>	
26. Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH, Am Baruther Tor 12, Haus 134/1, 15806 Zossen		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor. Aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die Brandenburgische Bodengesellschaft mit Schreiben vom 17.03.2021 mit, dass in den vorliegenden Verfahrensgebieten keine Flächen des WGT-Liegenschaftsvermögens und Bodenreformvermögens betroffen sind.
27. Amt Putlitz-Berge, für die Stadt Putlitz und Gemeinde Pirow, Zur Burghofwiese 2, 16949 Putlitz		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.
28. Gemeinde Karstädt, Mühlenstraße 1, 19357 Karstädt		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.
29. Amt Parchimer Umland für die Gemeinde Ziegendorf, Walter-Hase-Str. 42, 19370 Parchim	Stellungnahme vom 15.07.2021  nach Rücksprache mit dem Bürgermeister möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Gemeinde Ziegendorf keine Stellungnahme abgeben wird.	Kenntnisnahme
30. Amt Eldenburg Lüz für die Gemeinde Ruhner Berge, Am Markt 22, 19386 Lüz		Bis einschließlich 13.09.2021 lag keine Stellungnahme vor.
Öffentlichkeit		
Ö1	Stellungnahme vom 13.08.2021  können sie uns bitte erklären, ob unser Flurstück 108/1 in den B-Plan mit aufgenommen wird, wir können dies nicht so eindeutig aus ihrer Erklärung rauslesen.	Wie bereits zur vorangegangenen Stellungnahme aus der Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB abgewogen, wurde das Flurstück 108/1 nicht in die BP-Planung mit aufgenommen bzw. in den Geltungsbereich miteinbezogen, da das Flurstück 108/1 in großen Teilen Bestandteil der bestehenden rechtskräftigen Innenbereichs und Abrundungssatzung der Gemeinde Berge ist. Innerhalb dieser Grenzen wurden auch auf dem Flurstück 108/1 als städtebauliche Zielsetzung die Entwicklung von Wohnbauflächen festgesetzt. Insofern kann das Flurstück 108/1 nicht zusätzlich Bestandteil des Bebauungsplanes werden, da sie bereits überplant ist. Die bestehende Satzung besitzt Rechtskraft.

**Stand: 14.09.2021**

---

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus den Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021

Behörde, TöB	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung

16 TöB gaben Stellungnahme ab

14 TöB gaben keine Stellungnahme, davon zwei TöB (Nr. 22, 25) lediglich den Hinweis zur Leitungsauskunft über infrest

1 Stellungnahme aus der Öffentlichkeit